

Am heutigen Mittwoch wird aller Voraussicht nach die kommunale Wärmeplanung (KWP) im Chemnitzer Stadtrat verabschiedet. Hierbei handelt es sich um die zentrale Stellschraube, die eine Stadt für eine erfolgreiche Wärmewende vor Ort ergreifen kann - leider wurde diese Chance in Chemnitz verpasst.

Anstatt einen planbaren Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung aufzuzeigen, werden große Teile der Stadt als Prüfgebiete mit offener Entscheidung zum Energieträger ausgewiesen, für welche zum Teil sogar die extrem teure Option Wasserstoff ins Spiel gebracht wird. Chemnitz geht hier einen Sonderweg - nahezu alle anderen Großstädte in Deutschland benennen in ihrer Wärmeplanung klar, dass diese aller Voraussicht nach keine Option sein wird. Mit zusätzlichen Rückenwind aus der aktuellen Bundespolitik wird dies voraussichtlich dazu führen, dass hier auch weiterhin viele neue Gasheizungen eingebaut werden. Wenn dann in einigen Jahren die Kosten für Gas, z.B. durch enorme Netzentgelte, durch die Decke gehen, wird der Frust auf die Politiker*innen zurecht steigen.

Vor dieser Gaskostenfalle warnt nun nicht zuletzt auch die zusätzlich beauftragte sozio-ökonomische Betrachtung zur KWP, deren Ergebnisse offensichtlich keinen Einfluss in den eigentlichen Wärmeplan gefunden haben. Laut dieser Studie wohnen rund 90% aller Eigentümer*innen mit schlechter oder sehr schlechter Anpassungsfähigkeit in Prüfgebieten. Genau jene Gruppe, die dringend Orientierung und Planbarkeit bräuchte, erhält also exakt das Gegenteil.

Grund dafür ist nach unserer Beobachtung ein fehlgeleitetes Verständnis von Technologieoffenheit und der KWP im Allgemeinen: In Gesprächen mit Politiker*innen und dem Umweltamt fiel oft das Argument, man wolle "keine Optionen vorschnell ausschließen" und "den Menschen die Entscheidungsfreiheit lassen". Die kommunale Wärmeplanung ist jedoch keine rechtsbindliche Festlegung, die Optionen erlaubt oder verbietet, sondern ein strategisches Planungsinstrument. Und eine Planung, die einfach alle verfügbaren Optionen anführt, liefert keine Planungssicherheit und bietet keinen Mehrwert gegenüber dem Status Quo.

Die einzig positive Entwicklung aus dieser jahrelangen Debatte ist, dass die Stadt und auch eins energie mittlerweile erkannt haben, dass das Gasnetz zumindest in Fernwärmegebieten keine Zukunft haben wird. Doppelte Infrastruktur führt zu schlechter Auslastung beider Netze und somit zu höheren Kosten für alle - insbesondere bei der Fernwärme ist eine weitere Kostensteigerung aber kaum noch tragbar. Daher plädiert Bernhard Hermann vom Klimabündnis Chemnitz dafür, hier noch viel deutlicher Transparenz zu schaffen: "Die endlich gewonnene Klarheit zum bevorstehenden Ende der Gasnetze in Fernwärmegebieten muss offen und unübersehbar kommuniziert werden. Nur so kann die schrittweise Umstellung vom fossilen Heizen hin zu einer bezahlbaren Wärmeversorgung gelingen". Während Energieversorger auf Bundesebene dafür kämpfen, die vorgesehene Zehn Jahres-Frist für die Kündigung von Gasanschlüssen zu verkürzen, fordern wir hier deutlich mehr Vorlauf: "inetz und eins energie müssen ihre Kunden bereits jetzt proaktiv darüber informieren, dass sie spätestens in rund 14 Jahren (bei Einhaltung des Chemnitzer Klimaziels für 2040) nicht mehr mit Erdgas versorgt werden können. Wenn das allen klar ist, steigen auch die Anschlussquoten an die Fernwärme, was insgesamt eine günstigere Versorgung möglich macht."